

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kinder,
Jugendliche und Familien
am Montag, dem 22.01.2007, im großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. 570)**

**Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 17:45 Uhr**

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Konzept Soziales Frühwarnsystem im Kreis Warendorf 206/2006	4
2.	Sozialleistungsbericht 2006 194/2006	6
3.	Beratung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2007 197/2006	7
4.	Wegfall der Landeszuwendung für Schulkinderhäuser und Horte 205/2006	8
5.	Bericht über die Betreuungssituation von Kindern im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien 208/2007	9
6.	Erweiterung der Tageseinrichtung Kita Kunterbunt in Warendorf um eine Regelgruppe 202/2006	10
7.	Umwandlung der großen altersgemischten Gruppe in eine Tagesstättengruppe in der Tageseinrichtung der Arbeiterwohlfahrt an der Reichenbacher Straße in Warendorf 203/2006	11

- | | | | |
|----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|-----------|
| 8. | Umwandlung einer großen altersgemischten Gruppe in eine Tagesstättengruppe in der Tageseinrichtung "Pusteblume" der Arbeiterwohlfahrt in Ennigerloh | 204/2006 | 12 |
| 9. | Budgetbewirtschaftung 2006 - Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit | 198/2006 | 13 |

II. Nicht-Öffentlicher Teil

- | | | | |
|----|-----------------------------------------------------------------------------|-----------------|-----------|
| 1. | Rahmenvertrag zur Umsetzung des Konzeptes "Pflegekinder im Kreis Warendorf" | 188/2006 | 14 |
|----|-----------------------------------------------------------------------------|-----------------|-----------|

Anwesend:

Vorsitz	
Zimmermann, Götz	
Ausschussmitglieder	
Arnkens-Homann, Dagmar	
Beuing, Ulrike	
Birkhahn, Astrid	
Blömker-Stockmann, Maria	
Böhm, Holger	
Börger, Heinz Dr.	
Flötotto, Helmut	
Hörnemann, Josef	
Jaworski, Monika	
Kost-Ateser, Annegret	
Lindstedt, Cornelia	
Luster-Haggeney, Rudolf	Vertretung für Frau Wördemann
Neugebauer, Volker	
Peters, Helga	
Schmidt, Burkhard	
Siemer, Ralf	
Spanke, Michael	
Strels, Ekkehard	
Strübbe, Robert	
Ueding, Hermann	
von der Verwaltung	
Funke, Stefan Dr.	
Middendorf, Anne	
Röttger, Kirsten	
Rüting, Wolfgang	
Terbrack, Gerd	

Der Vorsitzende eröffnet um 15.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien mit Einladung vom 04.01.2007 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

I. Öffentlicher Teil**1. Konzept Soziales Frühwarnsystem im Kreis Warendorf****206/2006**

Herr Rütting erläutert, dass das vorläufige Konzept für das Soziale Frühwarnsystem vorliege. Das Konzept sei vorläufig, da sich bei der Umsetzung konzeptionelle Änderungen ergeben werden.

Das weitere Prozedere erklärt Herr Rütting anhand der Anlage 3. Neu sei die ämterübergreifende interne Projektgruppe, die sich aus dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien und dem Gesundheitsamt zusammen setze. Beide Ämter wirken in der Projektgruppe mit, da verschiedene fachliche Zugänge zu den Familien bestünden.

Die entsprechenden Einzelprojekte zur Umsetzung seien definiert und auf die beiden Ämter aufgeteilt worden. Jedem Projekt müsse besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien sei für die Einzelprojekte in den klassischen Jugendfeldern zuständig, das Gesundheitsamt entsprechend im Gesundheitsbereich. Ein ständiger Informationsaustausch sei durch die Projektgruppe und die zu einem späteren Zeitpunkt noch einzurichtende trägerübergreifende AG gewährleistet.

Das Soziale Frühwarnsystem sei ein komplexes und umfangreiches System, dass sich Stück für Stück entwickeln werde. Die Idee eines Sozialen Frühwarnsystems sei bereits in einigen Gremien vorbesprochen worden und werde jetzt in den AG's gemäß § 78 - Tageseinrichtungen und Hilfe zur Erziehung - vorgestellt.

Herr Rütting führt weiter aus, dass die Idee bestehe, einen Ordner mit den wesentlichen fachlichen, rechtlichen und dokumentatorischen Unterlagen, Telefonnummern etc. anzulegen. Dieser Ordner solle jeder Dienststelle zur Verfügung stehen. Soziales Frühwarnsystem heiße nicht, einen Notstand wahrzunehmen und sich an das Jugendamt zu wenden, sondern es müsse zunächst versucht werden, Hilfen für die Familien zu mobilisieren und möglichst vertrauensvoll mit der Familie zusammen zu erarbeiten.

Auf Nachfrage von Frau Arnkens-Homann erläutert Herr Rütting, dass eine Meldung zunächst beim Amt für Kinder, Jugendliche und Familien erfolgen solle, evtl. weitere interne Regelungen jedoch möglich seien. Es werde aber nur eine Telefonnummer, wie beim Familientelefon, geben.

Zurzeit gebe es im Kreis Warendorf rd. 60 Hebammen und Geburtshelfer, zu denen die Jugendhilfe eher wenig Kontakt habe. Es sei geplant, diese Gruppe zu erschließen, ähnlich wie bei den U3-Projekten in Telgte und Ostbevern.

Die trägerübergreifende AG werde besetzt mit Trägern der Jugend- und Gesundheitshilfe.

Frau Birkhahn freut sich, dass bürgerschaftliches Engagement mit im Blick sei. Sie fragt nach, was in den Monaten Mai bis August geplant sei. Hierzu erklärt Herr Rüting, dass in diesem Zeitraum das Konzept weiter überarbeitet werde. Ziel sei eine fachliche und praktische Anpassung an den Umsetzungsprozess. Das Konzept lebe davon, dass es flexibel sei.

Herr Flötotto bittet dringend um eine zeitnahe Umsetzung gemeinsam mit den Jugendämtern der Städte Ahlen, Beckum und Oelde. Für freie Träger sei es angenehmer, wenn es kreisweit nur ein Konzept gebe. Eine Vielzahl der Träger habe zudem keine Zeit für die Mitarbeit in Arbeitsgruppen bei allen vier Jugendämtern.

Herr Rüting weist darauf hin, dass das Konzept vorerst für den Zuständigkeitsbereich des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien entwickelt werde, für den Bereich des Gesundheitsamtes gelte es kreisweit. Die Konzepte der Jugendämter können weitestgehend miteinander abgestimmt werden, aber jedes Jugendamt habe die Möglichkeit, ein eigenes System zu entwickeln.

Frau Lindstedt äußert ihre Sorge, dass das beste Konzept nichts nütze, wenn sozial isolierte Familien nicht erreicht werden und fragt an, wann die Familiengutscheine persönlich an die Familien überreicht würden.

Hierzu erläutert Herr Rüting, dass Hausbesuche auf freiwilliger Basis zum nächstmöglichen Zeitpunkt geplant seien. Begonnen werden soll hiermit ab März 2007.

Zu der Nachfrage von Herrn Strels zu den 5 Schritten bei einer eingegangenen Meldung erläutern Herr Dr. Börger und Herr Rüting, dass diese 5 Schritte innerhalb von 24 Stunden abgearbeitet sein sollen. Dieses Verfahren sei bereits beim ASD weitestgehend Praxis.

Anschließend bittet der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien um regelmäßige Information. Dies wurde von Herrn Rüting für die nächste Ausschusssitzung zugesagt.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschließt die Konzeption des Sozialen Frühwarnsystems für den Kreis Warendorf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

2. Sozialleistungsbericht 2006**194/2006**

Herr Rüting gibt in seinem Bericht einen Überblick über verschiedene Leistungen, die vom Amt für Kinder, Jugendliche und Familien wahrgenommen werden.

Die zentralen Aufgaben des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien für dieses Jahr seien der Kinder- und Jugendförderplan, das Soziale Frühwarnsystem, die Zusammenarbeit von Schule (OGS) und Jugendhilfe sowie der Ausbau der Familienzentren.

Auf Nachfrage von Frau Arnkens-Homann, warum die Ausgaben für Vater-/Mutter-Kind-Einrichtungen sich verdoppelt hätten, erläutert Herr Rüting, dass die Zahlen schwanken und diese Einrichtungen sehr teuer seien, da zwei Personen (Mutter und Kind) versorgt würden. Gleichwohl handle es sich um gut investiertes Geld.

Zu den Auswirkungen auf die Drogenberatung durch die Landesregierung erklärt Herr Dr. Börger, dass die Zuschüsse ab 2007 kommunalisiert seien, das Land jedoch gebeten habe, die Förderung für 2007 wie in 2006 vorzunehmen. Auf Landesebene sei eine Rahmenvereinbarung über die zukünftige Mittelverteilung geplant. Die Situation ab dem Jahr 2008 sei demnach völlig offen. Herr Dr. Schulze Kalthoff sei als Vertreter der Kreise in der auf Landesebene bestehenden Arbeitsgemeinschaft. Herr Dr. Börger ist zuversichtlich, dass weiterhin eine gute Arbeit möglich sei.

Der Ausschuss bedankt sich für den umfangreichen Bericht.

Zur Kenntnis.

3. Beratung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2007**197/2006**

Der Vorsitzende gibt den Ausschussmitgliedern ausreichend Gelegenheit zur Aussprache und Nachfrage. Herr Dr. Börger erläutert zum Produkt Beratung, dass das Land zwar bei den Erziehungsberatungsstellen gekürzt habe, der Kreis seinen Anteil noch in gleicher Höhe zahle. Eine Anpassung der Verträge mit den Erziehungsberatungsstellen sei geplant.

Zum Produkt Tagesbetreuung führt Herr Dr. Börger weiter aus, dass er hoffe, mit den eingestellten Beträgen auszukommen. Änderungen seien möglich, da die Betriebskosten erst rückwirkend abgerechnet würden. Zudem sei völlig offen, was durch die Änderung des GTK auf den Kreis Warendorf zukomme. Nach ersten Einschätzungen werde der Betriebskostenzuschuss ab 2008 deutlich steigen.

Frau Arnkens-Homann möchte mehr Geld für Umwandlungen und Plätze für Unter 3-Jährige im Haushalt einstellen. Frau Middendorf erklärt, dass Anträge auf Umwandlungen von Regelgruppen in kleine altersgemischte Gruppen vorliegen, die Bewilligungen aber von den Kontingenten vom Land abhängig seien.

Da die Freie Wählergemeinschaft dem Gesamtpaket des Haushaltes nicht zustimmen wird, teilt Herr Strels mit, dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf des Haushaltsplanes 2007 wird, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien gegeben ist, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Enthaltung 1

4.	Wegfall der Landeszuwendung für Schulkinderhäuser und Horte	205/2006
-----------	--------------------------------------------------------------------	-----------------

Frau Middendorf erläutert, warum eine Weiterförderung der Horte und Schulkinderhäuser nach dem 31.07.2008 nicht erfolgen soll.

Frau Birkhahn kann dem inhaltlich zustimmen, fragt jedoch nach, warum der Beschluss schon jetzt gefasst werden müsse.

Hierzu erklärt Frau Middendorf, dass ein Antrag auf mögliche Weiterförderung bis zum 31.03.2007 beim Land zu stellen sei. Von Herrn Dr. Börger wird ergänzt, dass die Landesförderung auslaufe, wenn kein Antrag gestellt werde. Aufgrund der sozialen und politischen Brisanz sei dies kein Geschäft der laufenden Verwaltung und daher die Entscheidung des Ausschusses erforderlich.

Im Ausschuss wird diskutiert, ob über diesen Tagesordnungspunkt beschlossen werden soll. Es besteht Einigkeit darüber, dass in der Übergangsphase ein Konzept entwickelt werden müsse. Der Beschlussvorschlag wurde einvernehmlich wie folgt geändert:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie im Rahmen der Betreuung der offenen Ganztagschule adäquate und individuelle Förderangebote für die Kinder geschaffen werden können, die einen besonderen Unterstützungs- und Betreuungsbedarf haben.

Ein Antrag auf Landesförderung für eine Weiterfinanzierung der Hortgruppen über den 31.07.2008 hinaus wird nicht erfolgen, da die Voraussetzungen nicht vorliegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

5.	Bericht über die Betreuungssituation von Kindern im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien	208/2007
-----------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Frau Middendorf berichtet ausführlich über die neuen Herausforderungen für die Tageseinrichtungen. Schwerpunkte seien zukünftig die Betreuung der Unter 3-jährigen, die Sprachstandsfeststellung, die Entwicklung der Familienzentren und die Neuerungen durch die GTK-Novelle.

Die Sprachstandsfeststellung soll 2 Jahre vor der Einschulung erfolgen. Eine Finanzierung durch das Land sei mit ca. 375 € beabsichtigt. Verantwortlich sei das Schulamt.

Das Land möchte die Tageseinrichtungen zu Familienzentren ausbauen. Zurzeit gebe es landesweit 250 Piloteinrichtungen, 750 weitere Einrichtungen sollen zum 01.08.2007 an den Start gehen. Die Entscheidung werde diesmal vor Ort im Rahmen der Jugendhilfeplanung getroffen. Ziel des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien sei, in jedem Ort im Zuständigkeitsbereich ein Familienzentrum einzurichten.

Zu der GTK-Novelle führt Frau Middendorf aus, dass sich der Jugend- und Sozialausschuss und der Landkreistag dafür ausgesprochen hätten, das Modell des Landkreistages zu modifizieren und das bisherige Gruppenmodell auf eine Pro-Kind-Förderung umzustellen. Ende Februar soll ein Gesetzesentwurf im Landtag eingebracht werden.

Herr Dr. Börger ergänzt, dass die Kirchen entlastet würden, da der Trägeranteil auf 12 % abgesenkt werden solle, das Land dies nicht finanziell ausgleichen werde. Zudem beteilige sich das Land nicht mehr am Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren.

Frau Lindstedt bittet um erste Ergebnisse zu den Familienzentren und schlägt vor, in einer der nächsten Sitzungen einen Vertreter hierzu einzuladen. Dieser Vorschlag wird vom Ausschuss begrüßt.

Zur Kenntnis.

6.	Erweiterung der Tageseinrichtung Kita Kunterbunt in Warendorf um eine Regelgruppe	202/2006
-----------	------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Erweiterung der Tageseinrichtung Kita Kunterbunt in Warendorf um eine Regelkindergartengruppe wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

7.	Umwandlung der großen altersgemischten Gruppe in eine Tagesstättengruppe in der Tageseinrichtung der Arbeiterwohlfahrt an der Reichenbacher Straße in Warendorf	203/2006
----	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Umwandlung einer großen altersgemischten Gruppe in eine Tagesstättengruppe in der Tageseinrichtung der Arbeiterwohlfahrt an der Reichenbacher Straße in Warendorf zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

8.	Umwandlung einer großen altersgemischten Gruppe in eine Tagesstättengruppe in der Tageseinrichtung "Pusteblume" der Arbeiterwohlfahrt in Ennigerloh	204/2006
----	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Umwandlung einer großen altersgemischten Gruppe in eine Tagesstättengruppe in der Tageseinrichtung „Pusteblume“ der Arbeiterwohlfahrt in Ennigerloh zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

9.	Budgetbewirtschaftung 2006 - Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit	198/2006
-----------	-----------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Der Ausschuss nimmt die Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit zur Kenntnis.

Zur Kenntnis.

1.	Rahmenvertrag zur Umsetzung des Konzeptes "Pflegekinder im Kreis Warendorf"	188/2006
-----------	------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Die Notwendigkeit eines Rahmenvertrages wird von Herrn Rüting erläutert.

Herr Flötotto gibt zu Bedenken, dass der Vertrag keine Dynamisierungsklausel enthalte. Des Weiteren merkt er an, dass das Erstellen von Berichten für Gerichte teilweise sehr aufwändig sei und daher nach seiner Einschätzung 1/3 einer Fachleistungsstunde für die mittelbare Fallarbeit nicht ausreiche. Gleiches befürchte er, wenn Herkunftsfamilien außerhalb des Kreises Warendorf wohnen würden und somit bei Kontakten unter Umständen erhebliche Fahrzeiten entstünden.

Herr Rüting erwidert hierzu, dass das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien Hauptträger für die Hilfeplanung und für familiengerichtliche Angelegenheiten sei. 75 % der hier anfallenden Tätigkeiten werden vom Amt für Kinder, Jugendliche und Familien erledigt. Da die Herkunftsfamilien überwiegend im Kreis Warendorf wohnen würden, stelle sich das Problem erheblicher Fahrzeiten kaum. Sollte ein freier Träger im Einzelfall Mehraufwendungen haben, könne dies über die Höhe der Fachleistungsstunden geregelt werden.

Herr Dr. Börger führt ergänzend aus, dass eine Dynamisierungsklausel nicht vorgesehen sei und die freien Träger an der Vertragsgestaltung mitgewirkt haben. Sollte die Höhe der Fachleistungsstunde verändert werden, müsse neu verhandelt werden.

Frau Lindstedt berichtet, dass sie die Aufteilung der Fachleistungsstunde in 1/3 und 2/3 aus dem ambulanten Bereich kenne. Sofern keine extremen Situationen vorliegen würden, treffe die Aufteilung zu.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien stimmt dem Abschluss eines Rahmenvertrages auf der Grundlage des beigefügten Entwurfs zwischen dem Träger der freien Jugendhilfe und dem Kreis Warendorf als Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Umsetzung des Konzeptes „Pflegekinder im Kreis Warendorf“ zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Mit einem Dank an die Ausschussmitglieder schließt der Vorsitzende die Sitzung um 17.45 Uhr.

Götz Zimmermann
Vorsitz

Dr. Heinz Börger
Schriftführer

